

Sozialer Fortschritt in einer endlichen Welt*

Heinrich Frhr. von Lersner

I

Es ist kein Zufall, daß eine Vereinigung, die sich der Pflege heimatlicher Kultur und heimischen Brauchtums verschrieben hat, einen Repräsentanten des Umweltschutzes zu einem Festvortrag geladen hat. Ihre Ziele und die des staatlichen und gesellschaftlichen Umweltschutzes decken und unterstützen sich vielfach. Wenn wir den Begriff Umwelt so verstehen, wie ihn Jakob von Uexküll zu Beginn dieses Jahrhunderts in die Wissenschaftssprache eingeführt hat, dann bedeutet er für den Menschen zunächst Heimat, die natürliche, kulturelle und soziale Umwelt, die der Mensch zu Beginn seines Bewußtseins erfährt und die ihn auch dann noch prägt, wenn er im Laufe seines Lebens und Denkens in weitere Umwelten vordringt. Nicht von ungefähr reagiert der Mensch auch auf Veränderungen oder gar Störungen seiner heimatlichen Umwelt weit sensibler als auf Störungen anderswo oder des globalen Ökosystems.

Etwas anderes ist es noch, das Heimatpfleger und Umweltschützer verbindet: Beide empfinden – manche beglückt, andere eher mit Skepsis, daß der Zeitgeist ihnen seit einigen Jahren gewogen ist und daß ihre Ziele vor allem unter der jüngeren Intelligenz mehr und mehr Widerhall finden.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Menschen vor allem in den Industriestaaten, aber auch in der sogenannten dritten Welt seit Anfang der 70er Jahre wieder Werte erkennen oder suchen, die durch den rasanten Fortschritt von Industrie und Technik verschüttet zu werden drohten.

Es ist sicher kein Zufall, daß etwa zur selben Zeit, als erstmals ein Mensch außerirdischen Boden betrat, die große ökologische Bewegung Bürger und Parlamente der Industriestaaten ergriff.

Die Menschen wurden sich der Endlichkeit dieser Erde bewußt und damit auch der Endlichkeit allen wirtschaftlichen, ethnographischen und technischen Wachstums auf ihr. Die Menschen begannen wieder eschatologisch, d. h. von der Endzeit her zu denken, eine Blickrichtung, die sie lange einigen Theologen und christlichen Konventikeln überlassen hatten. Erhard Eppler sprach 1972 in seiner bekannten Oberhauser Rede zur Lebensqualität von einer historischen Zäsur unseres Denkens, die uns

zwingt, alle überkommenen Gesellschaftssysteme neu zu überdenken.

Andere sprechen von der ökologischen Wende unserer Politik. Vieles, was wir vorher dachten und formulierten, konnte danach nicht mehr – oder nicht mehr so einfach – formuliert werden. Ob das Werbeslogans sind wie das «ex und hopp» der Verpackungsindustrie oder Paragraph 1 des Stabilitätsgesetzes von 1967, das gleichsam das stetige Wachstum zum Oberziel der Wirtschaftspolitik bestimmte. Auch der Fortschritt als gesellschaftlicher Wert an sich hat seinen Glanz verloren.

Die Erkenntnis von der Gefährdung unseres Ökosystems durch weiteres demographisches Wachstum und weitere industrielle Ausbeutung ist nicht die einzige Quelle, aus der die sogenannte alternative Bewegung vor allem unserer jungen Generation gespeist wird. Ihre Zweifel an der Humanität des Lebens in immer gleichförmigeren Großstadtkulturen haben sicher nicht nur ökologische Gründe.

Die Suche nach der nationalen Identität und die Rückkehr zu religiösen und ethnischen Ursprüngen kennzeichnet zur Zeit das geistige Leben in Japan wie im Iran, in Europa wie in Afrika. Der ja nicht nur terroristische Aufstand von nationalen Minderheiten von Irland bis ins Baskenland ist ebenso Äußerung dieser Wende des Zeitgeistes wie das Wiederhoffähig-Werden von Dialektdichtung und Folksong in kulturellen Zentren.

Politischer und wirtschaftlicher Zentralismus, multinationale Konzerne und Großtechnik sind die Feinbilder der alternativen Bewegung. Der Titel des Buches von Ernst Friedrich Schumacher «Small is beautiful» ist zur Devise dieser Gruppen geworden. Ivan Illich – ein anderer noch lebender Repräsentant dieser Bewegung – feierte das Fahrrad als humanstes und ökonomischstes Fortbewegungsmittel.

Die Ablehnung zentraler Großeinheiten meint nicht nur solche in Industrie und Technik, sondern auch die der Administration. Die Tatsache, daß in einigen deutschen Ländern noch Neugliederungen auf kommunaler und Kreisebene durchgesetzt wurden, als der Zeitgeist sich vom Glauben an deren Vorzüge bereits wieder abgewandt hatte, war nachweisbar ein Grund für das Aufkommen Grüner Parteien und Bunter Listen. Vielleicht ist die Wiederauflösung der Stadt Lahn in ihre alten Teile Wetzlar und Gießen die verwaltungsgeschichtliche Wende dieser Zentralisierungstendenzen. Ich hoffe es wenigstens.

Schon wird die Zusammenlegungspolitik von Bay-

* Dieser Vortrag wurde bei den «Tübinger Tagen 1979» gehalten.

ern bis Ostfriesland einer Revision unterzogen, sei es aus Überzeugung der Regierung, sei es durch Gerichtsentscheidungen erzwungen.

Waren wir uns eigentlich bewußt, daß wir mit dieser Eingemeindungs- und Neugliederungspolitik die Zahl unserer gewählten kommunalen Mandatsträger dezimiert haben? Daß ein Mütterchen in einem Spessartdorf, das in eine 12 km über den Berg liegende Kleinstadt inkorporiert wurde, daß dieses Mütterchen wahrscheinlich nie mehr ihr Rathaus selbst aufsucht, und wenn sie es tut, dort anonyme Bürokraten und nicht vertraute Menschen anzutreffen meint? – Der Demokratie haben wir damit keinen Dienst erwiesen.

Wir sehen allenthalben, wie sich Vereine und Kirchengemeinden bemühen, das durch die Eingemeindungspolitik entstandene demokratische Vakuum der verwaltungsrechtlich nicht mehr existenten Orte auszufüllen. Die Kirchengemeinde in einem alten Dorf Berlins, der ich angehöre, wird zum Beispiel immer wieder aufgefordert, sich in ganz unkirchlichen Anliegen wie dem Schutz alter Villen zu engagieren, weil es eben keine gewählten Repräsentanten dieses Dorfes mehr gibt und die unterste Verwaltungsebene, der Bezirk, bereits eine anonyme und deshalb ferne Großstadt ist. Man verzeihe mir diese höchstpersönliche Abschweifung in ein Thema, für das ich als Bundesbeamter nicht zuständig bin. Aber es hängt sehr eng zusammen mit dem, was uns heute zusammenführt, mit Heimat und Umwelt.

II

Am Motto der sogenannten Alternativen «Small is beautiful» läßt sich allerdings auch aufzeigen, daß staatliche Umweltpolitik – und die habe ich hier zu vertreten –, daß diese staatliche Umweltpolitik solchen Postulaten nicht ohne Einschränkung zu folgen vermag.

Lassen Sie mich das am Beispiel der Energiepolitik erläutern. Solange wir auf fossile Brennstoffe angewiesen sind – und wir sind das sicher noch lange – so lange ist der Einsatz dieser Brennstoffe in Großkraftwerken mit Fernwärmenutzung sicher ökonomisch und ökologisch sinnvoller, als der in dezentralen Einzelfeuerungen.

Das Umweltbundesamt hat dieser Tage einen Forschungsbericht vorgelegt über die sogenannten polycyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe, von denen einige krebserzeugend sind. Nach diesem Bericht kommt der Hauptanteil dieser gefährlichen Stoffe aus den Kleinf Feuerungsanlagen unserer Wohnungen, aus Ölheizungen und Kohleöfen. Je

mehr es uns gelingt, die Wärmeerzeugung aus fossilen Stoffen zu zentralisieren, um so mehr können wir dieses Gesundheitsrisiko senken.

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß wir in der Energiepolitik die Vorteile kleiner, dezentraler Anlagen lange übersehen haben. Das gilt sowohl für das unausgenützte Reservoir der industriellen Energieüberschüsse, insbesondere bei Kraftwärmekopplung, als auch für sich erneuernde alternative Energiequellen wie Biogas, Holz und Sonnenenergie. Amory Lovins hat – für mich überzeugend – nachgewiesen, daß diese dezentralen Energiesysteme oft nicht nur ökonomischer sind, sondern auch politisch geringere Risiken bergen als die so sensiblen Großtechnologien.

Wir werden allerdings auch in Zukunft Großkraftwerke brauchen, dort, wo es für eine ökologisch und ökonomisch günstigere Energienutzung nötig ist, müssen aber die dezentralen, vor allem die sogenannten sanften Energien, möglichst weit ausbauen.

Dieses Beispiel läßt sich, meine ich, verallgemeinern: Ohne Zentralinstanzen, Großtechnik und Industriezentren werden wir auch in Zukunft unseren sozialen und kulturellen Stand nicht halten können. Wir können nicht in die ja auch nur scheinbar heile Welt der vorindustriellen Gesellschaft zurückkehren. Wir können aber lernen, mehr als bisher die dezentralen, ressourcen- und rohstoffsparenden Produktions- und Arbeitsweisen überall dort einzusetzen, wo sie ökologisch sinnvoller sind.

Autos werden wir sicher auch in Zukunft in großen Fabriken bauen. Sollte aber das von Porsche im Auftrag der Bundesregierung konzipierte langlebige Automobil einmal kommen, dann werden wir vielleicht weniger Arbeiter am Fließband, dafür aber mehr in kleinen Handwerksbetrieben brauchen. – Und diese Arbeitsplätze sind gewiß humaner.

Ein letztes Beispiel zu diesem Thema: Der Fehler der Verkehrspolitik der Vergangenheit war nicht, daß man versuchte, autogerechte Städte zu bauen. Dem Auto als Individualfahrzeug wohnen bei allen seinen ökologischen Schattenseiten sicher auch Freiheits-, wohlstands- und kulturfördernde Vorzüge inne. Der Fehler der Verkehrspolitik lag vielmehr darin, daß man oft nur autogerecht plante und dabei das für den Nahverkehr vernünftigeres Fahrrad fast völlig aus unseren Städten verdrängte. Es ist weniger das Verdienst staatlicher Politik, sondern vor allem das der sogenannten grünen Bewegung, daß nun auch Staat und Gemeinden sich anstrengen, dem Fahrrad wieder seinen Platz als Verkehrsmittel zurückzuerobern. Das ist leider sehr schwierig, denn an vielen innerstädtischen Verkehrsadern ist einfach kein Platz mehr für einen

Radweg. Die Leidtragenden sind vor allem unsere Kinder und die Eltern zahlloser kindlicher Verkehrsoffer.

III

Lassen Sie mich nun auf ein Thema eingehen, das heute im Vordergrund der umweltpolitischen Auseinandersetzungen steht, das der Chemie.

Es ist nicht zu bestreiten, daß wir dank der grandiosen Leistungen der chemischen Industrie in den letzten hundert Jahren beachtliche Fortschritte im Kampf gegen Hunger und Krankheit, aber auch an Freiheit und Bequemlichkeit erzielt haben. Der berechnete Respekt vor diesen Leistungen der Chemie hat uns aber den ökologischen Preis übersehen lassen: Jede künstliche Stoffumwandlung beeinflusst, ja stört die Natur.

Hinzu kommt, daß unser Wissen um die Wirkungen chemischer Stoffe auf Mensch und Natur sehr unvollkommen ist. Die Kenntnis von den unbeabsichtigten Nebenwirkungen eines Chemikals kann schon denktheoretisch nie so gut sein wie die Kenntnis der beabsichtigten Wirkungen.

Schon heute sind durch Chemikalien zahlreiche Tier- und Pflanzenarten ausgerottet oder dezimiert worden, die meisten davon unbeabsichtigt. Chemische Stoffe gelten als Hauptursache des Krebses, der gefährlichsten Krankheit unserer Zeit.

Das Risiko, dem Mensch und Natur durch chemische Produktion und Produkte ausgesetzt sind, nimmt aus drei Gründen weiter zu:

1. weil die Größe der Produktionsanlagen noch wächst,
2. weil die Komplexität der Reaktionen und auch der Energieeinsatz in diesen Anlagen zunimmt,
3. weil Menge und Vielfalt der chemischen Stoffe, denen Natur und Menschen ausgesetzt sind, weiterhin wachsen.

Dies scheint mir eine naturgesetzliche Kausalität zu sein und nicht – wie der Vorsitzende des Chemieverbandes Professor Seefelder kürzlich vor der Hauptversammlung der BASF behauptete – «eine böswillige Unterstellung».

Der Widerstand der Menschen in den Industriestaaten gegen eine weitere unbedachte Chemisierung unserer Natur wächst seit Anfang der 70er Jahre spürbar. Eine der ersten Warnerinnen war Rachel Carson, deren «Stummer Frühling», 1962 Albert Schweitzer gewidmet, heute zu den Klassikern der ökologischen Literatur zählt, gleichsam die Prophezie eines globalen Seveso.

Inzwischen haben fast alle großen chemieproduzierenden Nationen Chemikaliengesetze erlassen oder

in Vorbereitung, nach denen jeder neu in Verkehr gebrachte Stoff vor der Vermarktung bestimmten Prüfungen auch hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die Umwelt zu unterziehen ist. Auch hierzu liegt ein Entwurf vor, über den es – wie Sie gelesen haben – auch schon kontroverse Diskussionen gibt. Das ist auch gut so. Denn es ist ein schwieriges Unterfangen, eine so komplexe Materie bei so unvollkommenem Kenntnisstand über ihre Wirkungen und so großer volkswirtschaftlicher Relevanz einigermaßen praktikabel zu regeln.

Ich will hier die Kontroversen um dieses Gesetz nicht fortführen, sondern nur einige Grundsätze nennen, die wir in der weiteren Diskussion nicht aus den Augen verlieren sollten.

1. Wir müssen immer davon ausgehen, daß jede künstliche Stoffumwandlung Natur verändert, also in das Ökosystem eingreift. Je stärker die gewünschte Wirkung des Stoffes ist, desto stärker sind auch die meist unerwünschten Nebenwirkungen. Das gilt nicht nur für Medikamente und Pflanzenschutzmittel, deren Kontrolle schon bisher – wenn auch hinsichtlich der ökologischen Folgen unvollkommen – geregelt ist, sondern es gilt auch für alle übrigen Chemikalien des täglichen Gebrauchs, die bisher keiner ausreichenden staatlichen Kontrolle unterliegen.

2. Bei der Zulassung oder Duldung eines Chemikals ist also immer abzuwägen zwischen dem gewünschten Vorteil für das Individuum oder die Allgemeinheit einerseits und den Risiken für Mensch und Natur andererseits. Diese Abwägung kann nicht – wie bisher weitgehend geschehen – allein dem Produzenten oder dem Verbraucher überlassen werden, denn sie sind als Interessenten befangen.

Diese Abwägung von Vorteil und Risiko kann aber auch nicht in Expertenbeiräte verlagert werden. Solche Beiräte können und müssen zwar bei der Risikoabschätzung und den dazu erforderlichen Untersuchungsverfahren beteiligt werden.

Die eigentliche Abwägung des Für und Wider der Zulassung ist aber eine zutiefst politische Entscheidung, denn sie bürdet Menschen dieser oder der kommenden Generationen nie auszuschließende Risiken auf, und das kann nach unserer Verfassung nur die Volksvertretung oder die ihr verantwortliche Exekutive tun.

Deren Verantwortung ist um so größer, je weniger sich die potentiellen Opfer der Gefahr entziehen können. Besonders groß ist ihre Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Das gilt vor allem für erbschädigende oder besonders resistente Stoffe und radioaktive Substanzen mit langen Halbwertszeiten. Hierbei haben wir uns der moralischen Frage

zu stellen, wieviel Wohlstand wir uns auf Kosten späterer Generationen leisten können.

3. Da aber auch zugelassene Chemikalien die Umwelt gefährden können – sei es, daß man das Risiko wegen ihres Nutzens bewußt in Kauf genommen hat, sei es, daß man es gar nicht kannte – müssen wir alle als tägliche Verbraucher solcher Stoffe lernen, behutsam damit umzugehen.

Auch Hausfrau und Hausmann, Landwirt und Gärtner, Gewerbetreibender und Kommune müssen bei Anwendung von Chemikalien stets daran denken, daß sie das Ökosystem stören, und sich fragen, ob dieses Riskiko durch den gewünschten Vorteil gerechtfertigt ist: Lohnt es sich um der Schönheit eines Apfels willen, auch Pestizide zu versprühen? Lohnt es sich, die Ozonschicht durch Sprühmittel zu gefährden, wenn es auch mechanisch betriebene Spraydosen gibt?

Wenn man dem Bürger als Verbraucher solche Verantwortung für die Umwelt zumutet, dann muß man ihn allerdings auch über deren Wirkungsmechanismen informieren, und zwar in einer Sprache, die er versteht. Hier kommt der staatlichen Information, aber auch den Medien, eine wichtige Aufgabe zu.

Auch die Industrie sollte aber bedenken, daß das verbreitete Unbehagen gegenüber der Chemie oft auch aus mangelnder Kenntnis über ihre Abläufe herrührt. Seit jeher neigen die Menschen dazu, Unbekanntes, Geheimnisvolles zu dämonisieren. Deshalb sollten auch die Produzenten offener die potentiell Betroffenen über mögliche Risiken bestimmter Stoffe informieren. Argumente wie «keine Panikmache» oder «Pferde nicht scheu machen» dienen weniger dem Abbau dieses Unbehagens, als das Prinzip einer maximalen Transparenz. Bunte Anzeigen aus der heilen Welt der Chemie, wie sie z. Z. unsere Zeitungen beglücken, sind allerdings nicht das, was ich unter Transparenz verstehe.

IV

Diese Verantwortung des einzelnen Verbrauchers für den richtigen Umgang mit potentiell umweltgefährdenden Stoffen leitet zu einem anderen Thema über, das in der Umweltdiskussion eine wichtige Rolle spielt, dem der Freiheit.

Ein Haupteinwand aller «Grünen» oder «Alternativen» gegen Großtechnik im allgemeinen, Kernenergie im besonderen, ist der, daß sie unvermeidlich Freiheit bedrohe. Dieser Einwand ist nicht einfach vom Tisch zu wischen.

Die politischen Risiken der Abhängigkeit einer Gesellschaft von sensiblen großtechnischen Anlagen

mit erheblichem Störpotential sind wahrscheinlich größer als deren technische Risiken.

Lassen Sie mich das an einem scheinbar weithergeholten Beispiel erläutern: Der Deutsch-Amerikaner Karl August Wittfogel ist in seinem Buch über die Orientalische Despotie der Frage nachgegangen, warum in bestimmten Ländern dieser Erde seit Menschengedenken nie anders als despotisch regiert wurde, im Nahen Osten zum Beispiel und im Iran. Selbst Verfassungsformen wie die des europäischen Feudalismus, der immerhin ein System von Rechten und Pflichten der Herrschenden und auch Machtkontrollen kannte, selbst ein solches System konnte in diesen Ländern nie aufkommen. Wittfogel führt das auf die Wasserwirtschaft dieser Zonen zurück, auf das komplizierte Be- und Entwässerungssystem, von dessen Funktionieren Wohl und Wehe der Menschen abhing. Derjenige, der dieses großtechnische System beherrschte, war damit Herr über Leben und Tod seiner Mitmenschen. Wittfogel nennt diese Despotien deshalb auch hydraulische Gesellschaften.

Wir sehen an diesem Beispiel, wie sehr die Abhängigkeit vom Funktionieren großtechnischer Systeme Verfassung und Freiheit einer Nation beeinflussen kann und wie wichtig es ist, darauf zu achten, solche Abhängigkeiten zu vermeiden oder zu begrenzen. Die Exponenten der sogenannten «Grünen» in unserem Land übersehen allerdings oft einen anderen freiheitsbedrohenden Faktor, der ihrer eigenen Ideologie zugrundeliegt, den der verordneten Askeses. Der Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl, gewiß ein Mann von großen Verdiensten um die Förderung des Umweltbewußtseins in diesem Lande, fordert im Manifest seiner «Grünen Aktion Zukunft», daß Werbung für unnötige Artikel einzustellen sei. Bei Verwirklichung dieser Forderung hätten wir eine Bürokratie, die entscheidet, was nötig ist und was nicht.

Carl Friedrich v. Weizsäcker hat einmal gesagt, eine demokratische Askese gebe es ebensowenig wie eine asketische Demokratie. Einer freiwilligen Askese seien meist nur Eliten fähig.

Nicht nur die außerparlamentarischen Grünen, sondern auch führende Köpfe parlamentarischer Parteien neigen dazu, zuerst nach dem Staat zu rufen, wo es doch gilt, zunächst die Mitbürger von der Richtigkeit ökologischen Verhaltens zu überzeugen. Es gibt Männer, die auf überzeugende Weise darzulegen verstehen, zu welchem ökologischen Raubbau die bisherige Verkehrspolitik geführt hat oder die europäische Agrarpolitik mit ihrem Zwang zu immer höherer, nur durch Großeinsatz von Chemikalien möglicher Überproduktion, die dann wieder

unter erheblichen Umweltbelastungen denaturiert werden muß.

Wenn der gleiche Redner dann aber einem weiteren Ausbau staatlicher Investitionslenkung zugunsten eines qualifizierten Wachstums das Wort redet, fragt man sich, woher er angesichts der von ihm zuvor gegeißelten staatlichen Fehlplanungen das Vertrauen nimmt, daß der Staat als Investitionslenker das ökologisch Vernünftige tun werde:

Die großen ökologischen Sünden im Rheintal sind durchweg nicht durch unkontrollierten Kapitalismus, sondern durch staatliche Fehlplanungen verursacht worden.

Nicht bessere Einsicht des Staates hat die Autobahnplanungen früherer Jahre inzwischen zur Makulatur gemacht. Vielmehr reagierte der Staat nur auf einen deutlichen Meinungsumschwung seiner Wähler, wie das in funktionierenden Demokratien auch sein soll.

Aus all diesen Erfahrungen zeigt sich für mich, daß die als freie Marktwirtschaft entstandene, zur sozialen Marktwirtschaft fortentwickelte Form unserer Wirtschaftsverfassung durchaus in der Lage ist, vor der großen Herausforderung des Umweltschutzes zu bestehen, wenn sie um die ökologische Dimension ergänzt wird. Diese soziale Marktwirtschaft hat es, wie empirisch leicht zu belegen ist, im letzten Jahrzehnt auch wesentlich besser verstanden, der ökologischen Wende gerecht zu werden als sozialistische Bürokratien. Allerdings wird der Staat ihr auch in Zukunft den ökologischen Rahmen setzen müssen.

Entscheidend für das Bestehen der Herausforderung ist aber, daß alle am Markt Beteiligten, Produzenten, Handel und Konsumenten, lernen, sich auch dann umweltbewußt zu verhalten, wenn die umweltschädlichere Alternative durchaus legal wäre.

V

In den Auseinandersetzungen um tatsächliche oder vermeintliche Umweltgefahren industrieller Vorhaben spielt ein Argument häufig eine Rolle, das ich hier kurz ansprechen möchte: Die Befürworter eines Vorhabens – eines Kraftwerks zum Beispiel – bezeichnen häufig die Einwände der Gegner dieses Vorhabens als irrational.

Wir sollten schon aus Gründen der Fairneß mit solchen Argumentationsmustern – hier Rationalität, dort Irrationalität – etwas vorsichtiger umgehen.

Die meisten Konflikte des Umweltschutzes basieren auf unterschiedlichen Prognosen. Prognosen über Wachstum, Energiebedarf, über die Eintrittswahr-

scheinlichkeit von Störfällen oder Krankheiten. Die prognostischen Fähigkeiten des Menschen sind trotz moderner Computer- und Prognosemethoden sehr unvollkommen, nicht zuletzt deshalb, weil wir immer nur Erfahrungen der Vergangenheit in die Zukunft transponieren, aber nie Zukunft selbst voraussehen können.

Am wenigsten prognostizierbar ist das menschliche Verhalten. Deshalb arbeiten alle seriösen Prognosen mit Bandbreiten zwischen der pessimistischen und der optimistischen Alternative.

Bei allen diesen Prognoseversuchen arbeiten wir unvermeidlich mit einem gehörigen Anteil Irrationalität, weil es letztlich von unserer irrationalen Weltanschauung abhängt, welcher Alternative wir die größere Wahrscheinlichkeit einräumen. Hinzu kommt, daß Werte, an denen sich die Zielkonflikte des Umweltschutzes letztlich entzünden – Wohlstand, Freiheit, Glück, Sicherheit, Gerechtigkeit – daß diese Werte selbst nur bedingt rational vergleichbar und abwägbar sind.

Wir können keine allgemeine Werthierarchie aufbauen des Inhalts, daß Freiheit immer vor Sicherheit gehe oder umgekehrt, daß Gesundheit wichtiger sei als soziale Gerechtigkeit. Das kann nur das Individuum für sich entscheiden.

Die Diskussion zwischen Umweltschützern und ihren Kontrahenten wäre also nützlicher, wenn man sich nicht gegenseitig Irrationalität vorwürfe, sondern versuchte, das rational Erfassbare gemeinsam zu klären und die beiderseitige Irrationalität zu reflektieren.

VI

Lassen Sie mich abschließend noch ein Thema ansprechen, das einen Verband wie den Ihren sicher auch schon beschäftigt hat, das der umstrittenen altruistischen Verbandsklage.

Im Unterschied zu vielen meiner für die Umwelt engagierten Freunde habe ich eine solche Verbandsklage seit Jahren nur für diejenigen Rechtsbereiche gefordert, in denen nach geltendem Recht in der Regel niemand berechtigt ist, die Belange der eigentlich Betroffenen zu vertreten. Das gilt insbesondere für Naturschutz und Landschaftspflege, aber auch für den Denkmalschutz.

Wenn sich Staat, Eigentümer und Nachbarn darin einig sind, einen Hotelpalast in ein bisher unzerstörtes Mittelgebirge zu setzen, dann ist heute niemand befugt, die verletzten Interessen der Wanderer und Naturfreunde vor Gericht zu vertreten.

Die Bedenken vieler Behörden und Richter, eine solche altruistische Verbandsklage sei unserem Rechts-

system fremd und führe zu unzuträglichen Prozeßlawinen, wiegen so schwer nicht, wenn man sich die Erfahrungen benachbarter Staaten wie zum Beispiel Frankreich mit durchaus ähnlicher Rechtskultur ansieht. Ich freue mich daher, daß das bremische Naturschutzgesetz hierin vorangegangen ist und das hessische ihm zu folgen scheint.

Gewiß, wir werden noch einige Probleme zu lösen haben, vor allem bei Auswahl und Anerkennung klageberechtigter Verbände. Aber wir sollten hierbei nicht zu ängstlich sein. Manche Fehlplanung, die auch hierzulande Unersetzliches gestört oder zerstört hat, wäre vielleicht vermieden worden, hätten wir dieses Rechtsinstitut schon früher gehabt.

VII

Ich habe versucht, anhand einiger Beispiele zu skizzieren, vor welche Aufgaben die Menschheit angesichts der Endlichkeit unserer Erde und ihrer Ressourcen gestellt ist und wie sie diese Aufgaben vielleicht bewältigen kann.

Weite Bereiche drohender Zerstörung unserer Lebensgrundlagen habe ich gar nicht erwähnt: Ich

habe nicht von der Gefahr der Klimaänderung bei weiterer Kohlendioxydbelastung gesprochen, auch nicht von der Gefährdung unserer Weltmeere durch Chemikalien und Öl. Auch unsere Gewässer und unser Boden werden noch immer stärker belastet, als ihre Selbstreinigungsmechanismen auszuhalten vermögen. Der Verkehrslärm ist immer noch eine Geißel für Millionen von Menschen.

Das alles zeigt, daß die oben zitierte Wende im Bewußtsein der Menschen noch lange nicht alle Zeitgenossen und Verwaltungen erreicht hat und daß die düstere Prophezeiung Albert Schweitzers, der Mensch werde am Ende die Erde zerstören, noch nicht widerlegt ist.

Der vielzitierte Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie hindert immer noch viele umweltpolitische Bemühungen. Dabei ist dieser Widerspruch nicht so unauflösbar, wie es scheint.

Novalis hat einmal gesagt: «Man muß die ganze Erde wie ein Gut betrachten und von ihr Ökonomie lernen.» Folgen wir diesem Rat und betreiben wir Ökonomie nicht mehr rein anthropozentrisch und gegenwartsbezogen, dann bietet dieser Planet auch für künftige Generationen Platz für ein soziales und menschenwürdiges Dasein.

Heimat ist für mich zuerst das, was ich sehe, was mich umgibt, worin ich lebe, wohne, alles, woraus sich der Begriff Heimat im jungen Menschen zusammenfügt. Und diese Heimat des Anschauens, des Wohnens, des Lebens ist kaputt. Lang bevor man wieder Heimat trug, zog ich im Land herum, las vor und redete und schrieb und schrie: Rettet, was eure Heimat ist, rettet euch selbst, bevor es zu spät ist! Hört auf, das Land zu betonieren, hört auf, die Wiesen und Wälder zu zerstückeln, hört auf, die Äcker in Fabriken zu verwandeln, die Dörfer in Städte, laßt euren Kindern noch das Abenteuer Natur, anstatt den Abenteuerspielplatz! Es war umsonst. Jahraus, jahrein ging das Morden weiter; die Mörder meiner Heimat heißen Gier, Habgier, Wachstumsrate; in Planungsbüros werden sie gezeugt, sie kriechen aus den Schreibtischen, und nichts kann sie aufhalten. Oder haben Sie etwa nicht miterlebt, was aus dem Fils-, dem Rems-, dem Neckartal geworden ist? Was von der Filderhochebene übrigblieb? Wie man die letzten natürlichen Blumen, Bäume, Tiere vertrieben hat? Ich sehe sie sterben seit vielen Jahren, ganze Gattungen verschwinden von der Erde, und zuletzt sind wir selber dran.

Denen, die heute jung sind, für die meine zerstörte, geschändete Landschaft Heimat bedeutet, rufe ich zu: Rettet die Reste der Reste! Pflanz Büsche unter Verkehrsverteiler, streut Unkraut über die Wälle. Was die Bagger einmal zerstörten, kann nicht mehr zurückgeholt werden, denn es ist in Jahrhunderten gewachsen. In den USA gilt es als Regel: links und rechts der Autostraße 150 Meter breit ist die Vegetation vom Bleigift befallen und nicht mehr für menschliche Nahrung geeignet. Obst-, Gemüse-, Getreideanbau. Machen Sie den Versuch und legen Sie diesen Maßstab über die Filderebene, Sie werden kaum einen unvergifteten Krautacker mehr finden nach den neuesten Straßengroßtaten. Wir aber essen das Kraut und das Korn und die Kartoffeln trotzdem. Trotz alledem. Doch was einmal betoniert wurde, läßt sich nie mehr in Erde zurückverwandeln, in der etwas wächst.

Mein Beruf ist schreiben, und weil ich meine Heimat einst liebte, schrieb ich Heimatgedichte. Kein Gedicht hält einen Bagger auf. Sie aber können ihn noch aufhalten: rotten Sie sich zusammen, gründen Sie Bürgerinitiativen, kämpfen Sie um Biotope, ein kleines Stück unveränderte Landschaft für ein paar Kriechtiere, ein paar Vögel, ein größeres Stück, damit der Fasan, das Rebhuhn, der Auerhahn nicht ausstirbt, kämpfen Sie um eine Margeritenwiese, die es im Taunus hinter Frankfurt schon nicht mehr gibt, kämpfen Sie um jeden einzelnen Baum in Ihrer Heimat!

Margarete Hannsmann